

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Rieser, Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamtes Rieser und des Hauptamtes Meissen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Verlagsort: Dresden 1890  
Stroßstraße Rieser Nr. 22.

Nr. 174.

Donnerstag, 28. Juli 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postkasten monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 zum Heft, 3 zum Heft Grundstiftungs-Blätter (7 Silben) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 20%. **Feste Tarife**. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontrakt gerät. **Zahlungs- und Erfüllungsort**: Rieser. **Verantwortliche** Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerin kein Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. **Rotationsdruck und Verlag**: Langner & Winterlich, Rieser. **Geschäftsstelle**: Goethestraße 19. **Verantwortlich für Redaktion**: L. W. A. Lehmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

## Ablieferung der Steuerarten betr.

Zur Bekanntmachung des Finanzamtes in Nr. 166 des Rieser Tageblattes wird bekannt gegeben, daß die Steuerarten der in Rieser wohnhaften Steuerpflichtigen bei der Stadteinkommensteuer — Rathaus, Erdgeschoss — in der Zeit von vormittags 7 bis 12 Uhr vorzuliegen sind. Um auszugroßen Andrang zu vermeiden, erfolgt die Annahme der Steuerarten in folgender Weise. Für alle Steuerpflichtigen mit den Anfangsbuchstaben:

A—G in der Zeit vom	1.— 5. August,
H—K	8.— 12. "
L—P	15.— 19. "
Q—S	22.— 26. "

Den Arbeitgebern wird im Interesse der Arbeitnehmer empfohlen, die Steuerarten gesammelt an die Steuerbestelle abzugeben. Nach Entnahme der Steuerartenblätter werden die Steuerarten mit den dazu gehörigen Quittungen an die Arbeitgeber wieder zurückgegeben. Die Quittungen sind nach Erhalt sofort an die Arbeitnehmer auszuhandigen.

## Die obereschlesische Frage.

Die englischen Sachverständigen Curie, Luston und Waterlow reisen nach Oberschlesien ab. Der erste ist juristischer Beirat im auswärtigen Amt, der zweite Chef der Abteilung Mittel- und Ost-Europa. Waterlow leitet die Unterabteilung Deutschland. Die beiden letzten sind seit langem mit der obereschlesischen Frage vertraut. Angesichts der Nähe der Entscheidung entfällt die Frage der Truppenentladung, wobei man in London die deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten auf sich beruhen läßt, da die Frage des Durchmarsches durch Deutschland vorerst als unaktuell betrachtet wird. Aus dem Grunde wird auch der Vorschlag Sturats und des italienischen Vertreters in der Interalliierten Kommission, die Polizei in den unbesetzten Gebieten an Polen und Deutschland zu übertragen, nunmehr als unnötig fallen gelassen.

Der „Temps“ bereitet in seinem Leitartikel vor, daß Frankreich auf die Entsendung von Verstärkungen nach Oberschlesien verzichtet und sich für den Fall deutscher Invasion in Oberschlesien mit einer Drohung an Rhein begnügen wird. — „Dava“ verbreitet eine Mitteilung, worin behauptet wird, daß die französische Regierung die Absicht habe, die polnischen Forderungen mit Gewalt durchzusetzen oder auch unter Umständen für den Fall eines Sturzes der Sowjet-Regierung in Rußland einzugreifen. Die darauf bezüglichen Gerüchte hätten in London Glauben gefunden und zum großen Teile den Widerstand der amtlichen englischen Kreise gegen eine Verstärkung der französischen Truppen in Oberschlesien hervorgerufen. Die französische Regierung werde dem britischen auswärtigen Amt nochmals befehlen, daß jene Verstärkungen vollständig und begründet seien. Die Mitteilung gibt ferner eine Darstellung der französischen Absichten, worin es heißt: Frankreich habe nur eine Sorge, nämlich die Sicherheit seiner Truppen. Es habe nur einen Wunsch, nämlich die möglichst baldige Regelung der obereschlesischen Frage. Frankreich wolle weiter, daß die Entscheidung endgültig sei. Deshalb wünsche es eine Verstärkung der Verbände. Zur Lösung der obereschlesischen Frage könne es mehr oder weniger wirksame Mittel geben. So wäre es möglich, an Deutschland und Polen vorerst die von beiden Ländern nicht umstrittenen Gebiete auszuliefern und sämtliche Verbände in der strittigen Zone zusammenzuführen. Nur würde von französischer Seite gefordert werden, daß die vorläufige Besetzung für die endgültige Teilung in keiner Weise bindend sein dürfe. Man könne auch der deutschen Regierung mitteilen, daß Frankreich, falls Deutschland dem Spruche des obersten Rates irgend welche Hindernisse bereiten oder sich zu Angriffen gegen die Truppen in Oberschlesien hinsetzen lassen sollte, sich vorbehalte, am Rheine eine Antwort zu geben. Schließlich könne man an die Spitze der Tagesordnung noch die Frage der Sicherheiten stellen. Sollten sich die Vertreter der Verbände nicht einig werden, so könnten sie in drei bis vier Tagen an Ort und Stelle sein. Diese Zeitspanne würde genügen, um den obersten Rat seine Entscheidung treffen zu lassen. Unter allen Umständen sollte, wie Dava hervorhebt, wohl eine Verständigung über den zuletzt erwähnten Punkt zustande kommen.

Eine aus Antwerpen vorliegende Nachricht besagt: Im Hafen von Le Havre liegt eine aus vierzig Personendampfern bestehende Flotte bereit, auf Befehl nach Antwerpen in See zu gehen, um dort die 11. französische Division zu transportieren. In der Sitzung der Vorkonferenz, die gestern vormittags in Paris unter dem Vorsitz von Jules Cambon abgehalten wurde, verlas dieser die kürzlich von dem Doppel-Kommissionar an die Vorkonferenz gerichteten Mitteilungen. Die Konferenz hat ferner den Vorläufer der für die deutsche Regierung bestimmten Mitteilungen wegen der Erlegung des Reichskommissars im Rheingebiet v. Stard festgesetzt.

Ueber die Rolle, die der amerikanische Vertreter auf der Entente-Konferenz spielen wird, liegen nur widersprechende Nachrichten vor. Nach der einen Meldung soll der amerikanische Vorkonferenz in London nur als Beobachter auftreten. Nach anderen Meldungen erwartet man, daß eine der drei beteiligten Mächte, England, Frankreich oder Italien, den amerikanischen Vorkonferenz ersuchen werde, von der amerikanischen Regierung die Bewilligung einzubohlen, daß der amerikanische Vertreter auf der Konferenz als Schlichter für die Lösung der obereschlesischen Frage auftritt, da die drei verbündeten Mächte sich nicht einigen können.

## Entschlüsse über den geplanten Polenmarsch.

Die „Schlesische Zeitung“ veröffentlicht aus dem „Schwarzen Adler“ fünf polnische Tagesberichte des sog. Ermeckendes Ober-Schlesien. Der Tagesbericht vom 17. Juli besagt, daß vom 23. Juli ab die Offensive zu beginnen ist, und zwar hat den ersten Abschnitt am 1. August vor Posen zu nehmen, der

zweite Abschnitt vor Oppeln, der dritte Abschnitt vor Kreuzburg und der vierte Abschnitt auf der böhmischen Seite. Bis zum 20. Juli ist der Bericht über Waffen und Munition vorzuliegen. Unterzeichnet sind die Befehle i. V. Wlaski, Hauptmann und Adjutant. Der „Schwarze Adler“ drückt weiter die Entlassungsarten der Insurgenten ab, in denen es ausdrücklich heißt, daß der Insurgent nur bis zur Einberufung entlassen ist.

## Der polnische Terror.

Meldungen aus Oberschlesien zufolge sieht der Ort Widmarz unter unerhörtem polnischen Terror. Die Insurgenten, die in Truppen von 20 Mann die Straßen durchziehen, plündern die Häuser. Die Ortswache, die nach dem Verfall der Abkündigung von 2:1 für die Deutschen gebildet werden sollte, konnte nicht zusammengebracht werden, da aus Angst vor dem polnischen Terror sich nicht genügend Deutsche meldeten. — Die Franzosen haben im deutschen Weichselkommissariat in Gleiwitz erneut eine Hausdurchsuchung vorgenommen und auch den Rest der vorhandenen Schriftstücke nach Oppeln mitgenommen, wo sie untersucht werden sollen. — In der Nacht zum Montag kamen bei Krosau an der polnischen Grenze polnische Banden über die Grenze und griffen die Polen der Weichselkommissariat an. Auch die Besatzung der Krosau, die in der dortigen Schule untergebracht ist, wurde beschossen. Die Banden flüchteten über die Grenze. — Am 20. Juli wurde, wie erst heute bekannt wird, der polnische Offizier Kleser durch einen Insurgenten ermordet.

## Fischischer Aufmarsch.

Die gesamte fischische Grenzlinie der Bezirke Ratibor und Reobisch soll, wie es heißt, von harten fischischen Truppenabteilungen besetzt worden sein, die völlig feldmarschmäßig ausgerüstet sind.

## Eine Schwindel-Meldung.

Nach einer von einem Danziger polnischen Blatte wiedergegebenen Nachricht soll General Höfer in einer Offiziersversammlung eine Rede gehalten haben, in der er u. a. folgendes gesagt haben soll: Wenn der Oberste Rat in Paris eine Entscheidung treffen wird, die im Gegensatz zu den deutschen Interessen steht, so werde ich mit allen meinen Truppen in Oberschlesien einmarschieren, die Franzosen vertreiben und das Land von den Polen säubern. Auf diese Meldung bezog sich die französische Aufzeichnung vom 16. d. M. und die Antwortnote des Reichsministers Dr. Rosen. Höfer erklärt nunmehr, daß diese Nachricht von Anfang bis zu Ende erfunden ist. Er hat niemals eine derartige Rede gehalten.

## Der Entwurf des neuen sozialdemokratischen Parteiprogramms.

Wie die Zeitung aus den Kreisen der Ausschussmitglieder erfahren haben will, wird der Entwurf des neuen sozialdemokratischen Parteiprogramms, über den der nächste Parteitag Beschlüsse fassen sollte, entweder vorher zurückgezogen oder nach kurzer formeller Debatte an den Ausschuss zurückverwiesen werden, und zwar deswegen, weil es sich nicht um den richtigen Programmtext handelt. Der Parteitag hatte neun Ausschüsse mit der Bearbeitung eines Programmtextes beauftragt. Diese Ausschüsse hatten alle Sondergebiete zu bearbeiten und sollten in gemeinsamer Sitzung das einzeln bearbeitete Material gegenseitig vergleichen, ergänzen und bearbeiten. Statt dessen erhielten die Ausschussmitglieder plötzlich den später veröffentlichten Entwurf mit der Aufforderung, sich innerhalb dreier Tage dazu zu äußern, ohne daß auch nur eine Gesamtberatung stattgefunden hätte. Die meisten Ausschussmitglieder lehnten denn auch diese Zumutung ab. Erobert erschien nach drei Tagen im „Vorwärts“ der Entwurf als angelegte Arbeit der vorbereitenden Ausschüsse. Der Entwurf ist inzwischen von nahezu sämtlichen Bezirksstellen abgelehnt worden.

## Die litauischen Sozialisten für die Unabhängigkeit von Litauen.

Eine polnische Nachrichtenagentur meldet aus Wilna: Der Führer der litauischen Sozialisten Slegewicz erklärte Pressevertretern, daß seine Partei die vollkommene Unabhängigkeit von ganz Litauen fordere und niemals zu irgend einem Kompromiß in dieser Frage ihr Einverständnis geben werde. Die litauische sozialistische Partei habe ihr Möglichstes getan, um den Konflikt auch um den Preis von Jugendkandidaten aus der Welt zu schaffen. Eine Union mit Polen sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich. Die litauischen Sozialisten erwarten, daß der Vertrag von Suwalki verworfen werde und haben beschloffen, keinen Vertreter nach Brüssel zu entsenden. Sollte sich der Völkerbund mit der litauischen Frage beschäftigen, so werde er erprießliche Arbeit nur leisten können, wenn sich in den Reihen der Völkerbundvertreter die Ueberzeugung durchgesetzt habe, daß die Anwesenheit Slegewicz's in Wilna eine Unmöglichkeit ist.

## Die litauischen Sozialisten für die Unabhängigkeit von Litauen.

Eine polnische Nachrichtenagentur meldet aus Wilna: Der Führer der litauischen Sozialisten Slegewicz erklärte Pressevertretern, daß seine Partei die vollkommene Unabhängigkeit von ganz Litauen fordere und niemals zu irgend einem Kompromiß in dieser Frage ihr Einverständnis geben werde. Die litauische sozialistische Partei habe ihr Möglichstes getan, um den Konflikt auch um den Preis von Jugendkandidaten aus der Welt zu schaffen. Eine Union mit Polen sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich. Die litauischen Sozialisten erwarten, daß der Vertrag von Suwalki verworfen werde und haben beschloffen, keinen Vertreter nach Brüssel zu entsenden. Sollte sich der Völkerbund mit der litauischen Frage beschäftigen, so werde er erprießliche Arbeit nur leisten können, wenn sich in den Reihen der Völkerbundvertreter die Ueberzeugung durchgesetzt habe, daß die Anwesenheit Slegewicz's in Wilna eine Unmöglichkeit ist.

Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die Steuerarten vorschriftsmäßig entwertet, die Markenblätter aufgerechnet und vom Arbeitgeber bescheinigt sein müssen. Der Rat der Stadt Rieser, am 27. Juli 1921.

Es ist uns bekannt geworden, daß sich in vielen Wohngebäuden größere Heu- und Strohvorräte in den Bodenräumen aufbewahrt werden. Bei der jetzigen anhaltenden Hitze und Dürre kann schon ein als Brennglas wirkendes Dachfenster die Entzündung solcher Vorräte und damit ein größeres Schadenfeuer hervorrufen.

Nach § 112 Abs. 3 des allgemeinen Baugesetzes dürfen größere Vorräte leicht brennbarer Stoffe in Gebäuden, in denen sich menschliche Wohnungen befinden, nicht aufbewahrt werden. Die Brandversicherungsanstalt hat das Recht, Gebäude, die zu vorgenannten Zwecken benutzt werden, in eine höhere Beitragsklasse einzureihen, oder wenn ihr der Tatbestand erst nach einem Brande bekannt wird, die Vergütung abzulehnen.

Wir weisen die Hausbesitzer auf diese Bestimmungen hin und geben ihnen anheim, in ihrem eigenen und im Interesse der Hausbewohner die Unterbringung leicht brennbarer Vorräte in den Bodenräumen ihrer Häuser zu unterlassen. Gröba (Elbe), am 27. Juli 1921.

Der Gemeindevorstand.

## Die deutschen Kriegsverluste.

Vom Zentralnachweisamt in Spandau werden über die Kriegsverluste 1914/18 folgende Angaben gemacht: Nach den amtlichen Verlustlisten beliefen sich bis zum 31. Dezember 1920 die Verluste des deutschen Landheeres für Preußen auf 1.307.326 Tote, 3.281.873 Verwundete, für Bayern 178.718 Tote, 434.035 Verwundete, für Sachsen 129.708 Tote, 307.626 Verwundete, für Württemberg 74.227 Tote, 191.065 Verwundete. Dazu kommen die Verluste der Marine mit 34.256 Toten, 31.065 Verwundeten, der Schutztruppen mit 1.133 Toten, 1.210 Verwundeten. Insgesamt 1.799.368 Tote, 4.246.874 Verwundete. Diese Zahlen sind indes noch nicht endgültig, da die Feststellung der Verlustliste noch nicht abgeschlossen ist. Die Zahl der Vermissten wird augenblicklich auf 200.000 geschätzt. Sie ändert sich dauernd im Verlauf der Nachforschungsarbeiten und wird erst nach deren Abschluß endgültig und genau angegeben werden können.

## Englische Politik in Persien.

Im Oberhaus gab Lord Curzon eine längere Erklärung über die englische Politik in Persien ab. Er sagte u. a. bezüglich des englisch-persischen Abkommens (dieses die persische Regierung ihr Selbstbestimmungsrecht geltend zu machen. Sie habe auf die Aussicht, das Land mit frieblicher Hilfe wieder in Ordnung zu bringen, verzichtet und sei zur alten Politik zurückgekehrt, ein fremdes Land gegen das andere auszuspielen. Die Verwirrung im politischen Leben sei unbeschreiblich. Ein Kabinett folge dem andern. In der ersten Woche suchte man mit England noch in Fühlung zu bleiben, in der nächsten sehe man sich mit den Franzosen und den Schweden in Verbindung, in der dritten gewannen die Sowjet-Theorien die Oberhand. Die persische Regierung scheine nicht unangenehm für die Beziehungen der Sowjetregierung zu sein, obwohl diese doch in der Regel damit endeten, daß der umworbenen Teil ermordet werde. Lord Curzon sagte, er betrachte die Lage in Persien mit Enttäufung in beinahe mit Verzweiflung. Die unehrenhafte Arbeit Englands, die auf Stärkung der persischen Nation gerichtet gewesen sei, sei zum großen Teil vergebens gewesen. Persien habe seinen eignen Weg zu wählen, aber letzten Endes würde nicht England oder ein anderes Land, sondern Persien der Leidtragende sein.

## Washington und Tokio.

Der Times-Korrespondent meldet aus Tokio, daß die amerikanische Antwortnote an Japan u. a. folgendes enthält: 1) Ueber den fernem Osten und den Stillen Ocean wird nur allgemein beraten werden. 2) Die Angelegenheiten, die schon durch den Versailler Vertrag geregelt sind, z. B. die Schantung-Probleme usw., sind von der Konferenz ausgeschlossen. 3) Da zwischen Tokio und Washington über die Insel Yap verhandelt wird, wird auch diese Frage von der Konferenz nicht besprochen werden.

Neuer erzählt von mahabender japanischer Seite: In Japan herrsche allgemein die Auffassung, daß die Einladung an Japan zur Teilnahme an der pazifischen Konferenz ungeachtet der Tatsache, daß weder Mexiko noch Holland eingeladen worden seien, darauf hindeuten könne, daß Japan gewissermaßen im Hinblick auf die China betreffenden Fragen vor ein Gericht gestellt werden solle. Japan erhebe keinen Einwand gegen die Konferenz, vorausgesetzt, daß sämtliche mit der pazifischen zusammenhängenden Fragen erörtert würden. Japan könne nicht nach Washington gehen, um lediglich über China und Japan zu sprechen. An der Abrüstungskonferenz sei Japan bereit, ohne Vorbehalt teilzunehmen.

## Der griechisch-türkische Krieg.

Nach in Athen eingetroffenen Meldungen ist der Widerstand der Türken vollkommen gebrochen. Seine Verluste an Toten, Verwundeten und Gefangenen werden auf 60.000 geschätzt. Die griechische Vorhut soll auf der Straße nach Angora bis Gordium gekommen sein. Auf seinem Rückzuge steckte der Feind seine Materiallager, die er infolge der eiligen Flucht nicht mitnehmen kann, in Brand.

Ein Pressebericht aus Konstantinopel meldet, daß die kemalistische Regierung mitgeteilt habe, sie sei infolge des Fortschreitens der griechischen Angriffe gezwungen, die Regierung und die Nationalversammlung von Ankara nach Elazir zu verlegen.

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

Der Provinziallandtag der Provinz Ostpreußen nahm in seiner Sitzung bei der Besprechung des Entwurfs eines Gesetzes über die Erweiterung der Selbstständigkeitsrechte der Provinzen folgenden Antrag an: 1. Der Provinziallandtag stellt jede Forderung der Provinz